

MonApoli

Monitor Arbeitsmarktpolitik

Thesen zur Workfare-Strategie in der Arbeitsmarktpolitik

Eine Neudefinition des Verhältnisses von Arbeit und sozialer Sicherung hat bereits mit dem vierten Gesetzentwurf für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt begonnen. Weitere Verschärfungen forderte der Sachverständigenrat kürzlich. Zu Kritik und Klärung der Grundlagen dieser Reformoptionen leisten die Thesen einen Beitrag.

Die Absenkung von Löhnen und Lohnersatzleistungen als wichtigstes Instrument zur Steigerung der Beschäftigung ist eine zentrale Strategie der aktuellen arbeitsmarkt-politischen Reformdiskussion. Ohne wissenschaftlichen Grund wird an einer Denkfigur festgehalten, die sich bisher nicht als stichhaltig erwiesen hat. Arbeitslosigkeit wird durch die Fehlsteuerung des individuellen Verhaltens arbeitsloser Personen erklärt, ohne makro-ökonomische Argumente zu berücksichtigen. Völlig außen vor bleibt die faktische Bereitschaft arbeitsloser Personen zur Übernahme von nahezu jeder Arbeit. In diese Richtung geht auch das jüngste arbeitsmarktpolitische Gutachten des Sachverständigenrates, das faktisch die Abschaffung einer Existenzsichernden Grundsicherung fordert. Statt "Beschäftigungsfähigkeit" und Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern, zielen die aktuellen Reformvorschläge auf die indirekte Deregulierung am Arbeitsmarkt und eine Reduktion des Anspruchslohns.

Die Auseinandersetzung mit der einseitigen Überantwortung der finanziellen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit auf die Individuen in schwer durchschaubaren sozialrechtlichen Regelungen verlangt eine Klärung normativer und technischer Fragen in dem Spannungsfeld zwischen Erwerbstätigkeit und sozialer Sicherung, die hier in Form von Thesen unternommen wird:

These 1:

Unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Konsenses wird der prinzipielle Missbrauchsverdacht geschärft und dessen Verhinderung zur neuen Leitidee der Arbeitsmarktpolitik erhoben

These 2:

Der Zwang zur Aufnahme einer Beschäftigung ist kein effektives Instrument der Beschäftigungsförderung

These 3:

1-€-Jobs nach dem Gießkannenprinzip gefährden Arbeitsmarktstandards und reguläre Beschäftigung

These 4:

Das fiskalische Ziel der Kostensenkung hat das arbeitsmarkt- und sozialpolitische Ziel der Erhöhung von Beschäftigungschancen fast vollständig ersetzt

These 5:

Die eigentlichen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik werden nicht mehr angemessen gefördert

These 6:

Junge Arbeitslose haben keinen Zugang zu qualifizierten Maßnahmen und sind deshalb von sozialem Ausschluss bedroht

These 7:

Mindestlöhne, nicht Kombilöhne bieten einen wirksamen Schutz gegen Lohndruck und Verarmung

Die aktuelle Reformpolitik nennt ihr implizites Leitbild nicht, aber die Reformen erzeugen einseitig Druck auf die Arbeitsbedingungen und die Lebenssituation von Arbeitslosen - ohne die Integrationschancen der Betroffenen zu verbessern und positive Effekte auf den Umfang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu erzielen. Es ist eine Strategie der Absenkung von Beschäftigungsstandards und sozialer Sicherheit. Angelpunkte sind nicht mehr eine menschenwürdige Existenz und der Erhalt von Autonomie durch geschützte und erweiterte Qualifikation.

Zum Weiterlesen:

[Judith Aust/ Silke Bothfeld/ Till Müller-Schoell / Claus Schäfer \(2006\): Zur Neudefinition des Verhältnisses von Arbeit und sozialer Sicherung. WSI-Thesen zur Workfare-Strategie in der Arbeitsmarktpolitik](#)
